

Freie Wähler im Balingen Gemeinderat

Werner Jessen, Ina-Seidel-Weg 3, 72336 Balingen

Verabschiedung des Haushalts 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reitemann,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

noch nie ist uns Freien Wählern die Zustimmung zu einem Haushaltsplan so schwer gefallen wie dieses Mal.

Wir haben dies schon bei der Vorberatung deutlich gesagt. Leider hat unser Antrag auf pauschale Einsparungen im Umfang von 2 Millionen, die im Zuge weiterer Beratungen im Laufe des Jahres hätten konkretisiert werden müssen, bei der Vorberatung keine Mehrheit gefunden. Doch die Entwicklung der letzten Wochen, die tagtäglichen Schlagzeilen zu den finanziellen Entwicklungen in Bund, Ländern und Gemeinden geben uns leider Recht.

Wir werden deshalb heute eine ganze Reihe von Prüfaufträgen mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung stellen.

Der Grund, weshalb uns die Zustimmung zu diesem Haushalt so schwer fällt, liegt nicht in den investiven Maßnahmen. Diese tragen wir in vollem Umfang mit. Ihre Notwendigkeit ist unbestritten.

Die Gründe sind nicht hausgemacht. Sie liegen vielmehr in der unsicheren Zukunftsperspektive für die nächsten Jahre, was die konjunkturelle Gesamtentwicklung, insbesondere im Autoland Baden-Württemberg, und die damit verbundenen Auswirkungen auf unsere wesentlichen Einnahmequellen anbetrifft. Erschwerend kommen die zu Recht viel kritisierten Steuersenkungspläne der neuen schwarz-gelben Regierung hinzu. Diese werden die Deckungslücke der Kommunen weiter aufreißen, da zugleich unsere Ausgabenverpflichtungen stagnieren bzw. angesichts immer höherer Standards eher noch ansteigen.

In der gegenwärtigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist viel vom Sparen die Rede. Der frühere Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, meinte dazu tief sinnig: "Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben. In der Politik wird Sparen oftmals damit verbunden, dass man von dem Geld, das man nicht hat, weniger ausgibt." Dies kann aber nicht Richtschnur für unser Handeln sein.

Wir anerkennen, dass der vorliegende HH-Plan von unserer Verwaltung bereits sehr gründlich durchforstet wurde. Trotzdem werden unsere Schulden in beängstigendem Tempo ansteigen: von 6 Mio Euro Ende 2007 über aktuell knapp 20 Mio Euro auf voraussichtlich knapp 40 Mio Euro bis Ende 2012, wobei die zugrunde liegenden Einnahmeprognosen für die nächsten Jahre weithin vom Prinzip Hoffnung zehren, der Schuldenstand ggfs. auch noch kräftiger ansteigen kann.

Diesen gravierenden Anstieg unserer Verschuldung halten wir als Gemeinderäte so für nicht verantwortbar, solange wir noch nicht alle Einflussmöglichkeiten ausgeschöpft haben.

Dass unsere Schulden in diesen Jahren kräftig ansteigen werden angesichts der vielen investiven Maßnahmen, war uns bei jeder einzelnen Entscheidung bewusst. Ebenso war uns aber immer bewusst, dass es für diese Verschuldung eine Belastungsgrenze gibt und dass wir auch in den Folgejahren noch Spielräume für neue Aufgaben und Investitionen brauchen werden. Diese Spielräume sehen wir angesichts der markanten Einnahmerückgänge stark gefährdet. Wir müssen uns daher schon heute tatkräftig bemühen, kommende Haushalte nicht über Gebühr durch zu hohe Schulden zu belasten.

Die goldenen Jahre sind erstmal vorbei. Wir stoßen an unsere finanziellen Grenzen, nicht zuletzt durch bundes- und landespolitische Aufgabenübertragungen ohne ausreichenden Finanzausgleich im Kinder- und Schulbereich. Weit über 3 Mio Euro Unterdeckung im Verwaltungshaushalt und damit eine entsprechend hohe negative Zuführungsrate, das ist eindeutig nicht zufrieden stellend. Wir verbrauchen angesichts der angespannten und ungewissen Haushaltsslage zu viel für laufende Aufgaben und nehmen zu wenig ein. Und dies gilt leider auch für die nächsten Jahre.

Wir müssen deshalb den Anstieg der Verschuldung mit aller Kraft begrenzen. Ich erinnere daran, dass selbst unser Bürgermeister als anerkannter Finanzfachmann bei der Einbringung des Haushalts noch mahnend sagte, eine Verschuldungsobergrenze von 35 Mio Euro sollte möglichst nicht überschritten werden.

Eine solche Begrenzung ist immer eine schwierige Aufgabe und wird nie ohne Kritik der jeweils Betroffenen abgehen. Frei nach Rommel, dem bewusst war, dass „alles Irdische ...nur in begrenztem Umfang vorhanden ist“, müssen wir uns trotzdem dieser Aufgabe mit allem Nachdruck stellen.

Unser oberstes Ziel ist die Sicherung der Leistungs- und Handlungsfähigkeit für unsere Stadt, und zwar auf Dauer. Dies geht nur über eine deutliche Reduzierung der Neuverschuldung und damit eine geringere Belastung künftiger Haushalte. Der Weg dahin führt nur über eine Verbesserung der Einnahmestruktur einerseits und eine Reduzierung der Auf- und Ausgaben andererseits. Dabei darf es keine Tabus geben. Alle Bereiche müssen in die Konsolidierungsüberlegungen einbezogen werden. Alle Potentiale sind auszuschöpfen.

Der vermeintlich einfachste Weg wäre, bei den Unterhaltungsmaßnahmen noch mehr zu sparen. Dies ist jedoch der falsche Weg, weil die Folgekosten weit höher wären.

Bei der Umsetzung schnell wirksamer Maßnahmen ist unser Handlungsspielraum in mehrfacher Hinsicht erheblich eingeschränkt. Zum einen ist bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben der Aufgabenumfang gesetzlich vorbestimmt. Zum anderen müssen wir längerfristig eingegangene vertragliche und tarifrechtliche Bindungen beachten. Und über allem schwebt ein Zielkonflikt, denn wirksame Sparmaßnahmen konzentrieren sich weitgehend auf solche Bereiche, die für den Bürger

Serviceleistungen erbringen. Der Rückbau solcher Serviceleistungen trifft unsere Bürger unmittelbar. Sparen tut weh. Und es erfordert Mut und lange Disziplin. Trotzdem bleibt es unsere ureigenste Aufgabe als verantwortliche Gemeinderäte im Zusammenwirken mit der Verwaltung aus eigener Kraft einen Ausweg aus der finanziellen Schieflage zu suchen und zu finden, den Haushalt so zu gestalten, dass die erforderlichen kommunalen Aufgaben in Balingen auf Dauer finanziert werden können.

Diesem Ziel dienen unsere nun folgenden Prüfanträge.

Zunächst zur Einnahmeseite:

Angesichts der allgemeinen Finanzlage halten wir derzeit eine Erhöhung der kommunalen Steuern nicht für richtig, schließen dies aber wie derzeit in vielen anderen Städten mittelfristig nicht vollständig aus, falls alles andere nicht genügend Wirkung zeigen sollte.

Für Mehreinnahmen durch verstärkte Veräußerung von Vermögenswerten sehen wir derzeit kaum Chancen.

So bleibt zur Verbesserung der Einnahmesituation nur, dass wir alle Gebühren und Beiträge daraufhin überprüfen, inwieweit sie kostendeckend oder angemessen sind.

Beispielsweise halten wir im Bestattungswesen einen deutlich höheren Kostendeckungsgrad als derzeit rund 60% für angezeigt. Über 320 000 Euro als jährlicher Zuschuss sind nicht vertretbar. 80–90% Kostendeckungsgrad halten wir für angemessen. Dies ist auch gerechtfertigt im Hinblick auf die Entwicklung der Bestattungskultur, für die oft viel Geld ausgegeben wird. Wir beantragen, uns möglichst bald eine entsprechende Kalkulationsgrundlage zur Beratung vorzulegen.

Der Zuschuss für unsere Jugendmusikschule, die eine hervorragende Arbeit leistet, steigt dieses Jahr auf 635 000 Euro, obwohl dieser Gemeinderat vor nicht allzu langer Zeit eine Zuschussdeckelung auf 500 000 Euro für angemessen hielt. Die bereits vorgesehene Erhöhung der Unterrichtsentgelte zum 01.10. um rund 20 000 Euro reicht dazu nicht aus. Angebot, Gruppengrößen und Teilnehmerbeiträge müssen deshalb gleichermaßen kritisch überprüft werden, damit wir darüber noch vor der Sommerpause beraten können. Hier ist insbesondere auch die Jugendmusikschule selbst gefordert, eigene Vorschläge zu machen, wie sie mit einem festen Zuschussbudget in der genannten Höhe auskommen könnte und welche Konsequenzen dies hätte.

Im Kindergartenbereich leisten wir uns ein kostenfreies erstes Kindergartenjahr. Wir haben dies aus Überzeugung mitgetragen, allerdings unter den wesentlich günstigeren finanziellen Voraussetzungen der letzten Jahre. Diese haben sich jedoch grundlegend gewandelt. Wir müssen deshalb neu prüfen, ob wir uns dies angesichts der gesamten Rahmenbedingungen noch leisten können. Eine Beratung im Gemeinderat sollte baldigst erfolgen.

Wie steht es mit dem Kostenersatz bei Einsätzen unserer Feuerwehr? Haben wir da noch einen Spielraum?

Wir beantragen eine Überprüfung der Öffnungszeiten für unsere Frei- und Hallenbäder mit dem Ziel der Schließung in besuchtsarmen Zeiten. Parallel dazu sind die Eintrittsgebühren neu zu kalkulieren, die in Balingen im Vergleich zu anderen Orten und anderen Angeboten äußerst niedrig sind. Eine maßvolle Erhöhung ist vertretbar und notwendig, insbesondere im Bereich der Erwachsenen.

Auch bei allen anderen Gebühren und Beiträgen bitten wir die Fachämter um eine Überprüfung der Kalkulationsgrundlagen mit anschließender Beratung im Gemeinderat als Grundlage für den nächsten Haushalt.

Wichtiger noch ist uns jedoch die grundsätzliche Überprüfung und Reduzierung der Ausgaben.

Wir fordern eine umfassende intensive und kritische Prüfung. Der gesamte Verwaltungsbereich gehört auf den Prüfstand. Wir meinen, dass dies unter Einschaltung externer Berater erfolgen sollte und beantragen dies hiermit.

Wo können Verwaltungsabläufe gestrafft und damit kostengünstiger werden? Wie erreichen wir bessere Kostentransparenz und entwickeln damit mehr Kostenbewußtsein? Zur konstruktiven Aufgabenkritik gehört auch die Überprüfung aller derzeitigen Standards, z.B. im Brandschutz, der uns in diesen Jahren Millionen kostet, die an anderer Stelle fehlen.

Wo können Aufgaben kostengünstiger ausgelagert werden? Geprüft werden muss z.B. ein verstärktes Outsourcing z.B. der Lohn- und Gehaltsabrechnungen, der EDV-Betreuung, des Winterdienstes und der Straßenreinigung, der Sportstätten- und Grünflächenpflege, oder auch von Ingenieurleistungen.

Wir beantragen eine Überprüfung aller Wartungsverträge, inwieweit sie im jetzigen Umfang unverzichtbar sind.

Seit der Gemeindereform sind bald 4 Jahrzehnte vergangen. An der Infrastruktur haben wir seitdem nicht mehr gerüttelt, weil dieser Bereich bekanntermaßen sehr sensibel ist. Hier muss schon gefragt werden: Sind Ortschaftsverwaltungen noch zeitgemäß und dauerhaft finanzierbar? Oder wäre es nicht sinnvoller, Serviceleistungen für die Bürger aller Ortsteile verstärkt im Rathaus der Kernstadt zu bündeln? Für Bürger z.B. aus Weilstetten oder Endingen wäre es nicht oder kaum weiter ins zentrale Rathaus wie für jene aus Schmiden oder vom Stettberg. Hier halten wir ein Organisationsgutachten für erforderlich.

Wohlgemerkt, wir reden hier von den Ortschaftsverwaltungen, nicht aber von der Ortschaftsverfassung, den Ortschaftsräten und den Ortsvorstehern, welche nach wie vor eine wichtige und unverzichtbare Bedeutung haben.

Fast eine heilige Kuh ist auch die Feuerwehr, deren Arbeit und stete Einsatzbereitschaft wir alle gleichermaßen schätzen. Aber es muss gefragt werden dürfen, ob in Zeiten der fortschreitenden Technisierung und Spezialisierung, der zunehmenden Trennung von Wohn- und Arbeitsort, mittelfristig eine Zusammenlegung benachbarter kleiner Feuerwehrrabteilungen nicht Effizienz steigernder und gleichzeitig Kosten sparend wäre? Wir sehen hier in der tiefgreifenden Finanzkrise auch eine Chance zur Neuorientierung und bitten

zunächst die Feuerwehr selbst, sich intern Gedanken zu machen zur Organisation und zu möglichen Kosteneinsparungen und dies dann mit uns Räten zu diskutieren.

Unserer festen Überzeugung nach werden wir in den nächsten Jahren grundsätzlich beraten und entscheiden müssen, welche mehrfach vorgehaltenen städtischen Einrichtungen wir uns noch leisten und dauerhaft finanzieren können. Wir denken dabei z.B. an unsere Frei- und Hallenbäder sowie Lehrschwimmbecken. Ich weise hier nur darauf hin, dass eine Sanierung des Hallenbads Weilstetten und des LSB Längenfeld uns jeweils Millionen kosten wird und dass wir die Ertüchtigung des Hallenbads nur aufgeschoben haben. Diese und andere Investitionsentscheidungen müssen auch vor dem Hintergrund der sich auch in Balingen abzeichnenden demographischen Entwicklung kritisch überprüft werden. Die Bevölkerung im Zollernalbkreis wird in den nächsten 2 Jahrzehnten um rund 7% schrumpfen.

Kurz, alles muss auf den Prüfstand mit dem Ziel, unsere Stadt auch für künftige Generationen liebens- und lebenswert zu erhalten.

Selbst wenn der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung kräftig ausfallen würde, wird er bei den Kommunen erst zeitlich deutlich versetzt ankommen. Durch die bis dahin auflaufende Verschuldung werden aber alle kommenden Haushalte massiv vorbelastet und damit künftig weniger leistungsfähig sein, denn das Zinsniveau wird nicht ewig so niedrig bleiben wie derzeit. 40 Mio zu 5% ergeben ohne Tilgungsrate schon eine reine Zinsbelastung von jährlich 2 Mio Euro. Dies muss dann erst erwirtschaftet werden.

Fazit: Es führt kein Weg daran vorbei, wir als verantwortliche Gemeinderäte müssen gemeinsam mit unserer Stadtverwaltung unsere strukturellen Probleme selbst lösen. Je früher, desto besser. Und je energischer wir diesen Weg jetzt beschreiten, desto mehr Gestaltungsfreiräume werden uns in Zukunft noch bleiben. Ich bin der festen Überzeugung, dass die meisten Bürger dies verstehen und mittragen werden.

Ich fasse zusammen:

Die Freien Wähler stimmen dem Haushaltsplan 2010 trotz gravierender Bedenken zu. Jedoch müssen wir ihn in den nächsten Monaten einer tabulosen Aufgabenkritik unterziehen, um den Verwaltungshaushalt über Auf- und Ausgabenreduzierungen einerseits sowie Einnahmeverbesserungen andererseits signifikant und auf Dauer zu verbessern.

Zu den Details des diesjährigen Haushaltsplan möchte ich nach diesen grundsätzlichen Ausführungen in diesem Jahr keine weiteren Anmerkungen mehr machen.

Namens der Fraktion der Freien Wähler erkläre ich, dass der Verabschiedung des Haushalts 2010 und dem Erlass der Haushaltssatzung nichts im Wege steht.

Ein besonderer Dank gilt abschließend Ihnen, Herr Eberle als Stadtkämmerer sowie Ihnen, Herr Schäfer, mit all ihren Mitarbeitern für die stets umfassende Information und die konstruktive Zusammenarbeit.

Werner Jessen
Fraktionsvorsitzender